

Beseitigung von Hemmnissen zielen. Ob es sich um die Aufdeckung und Mobilisierung von Material- und sonstigen Reserven, um die Möglichkeiten zum sparsamen Umgang mit Energie oder um die Lösung anderer komplizierter wirtschaftlicher Aufgaben handelt — ohne die schöpferischen Ideen der Werktätigen wären diese Aufgaben nicht zu lösen.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, behandelte u. a. in seiner Rede vor den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED im Februar 1983 eine Grundfrage des ökonomischen Vorwärtsschreitens und wies auf die breite Palette der damit verbundenen Probleme hin. Er sagte: „Wir wissen, daß die mit der Umsetzung unserer Wirtschaftsstrategie verbundene durchgängige Rationalisierung, die Einführung der Robotertechnik oder notwendige wirtschaftliche Strukturveränderungen nicht selten tief in die Arbeits- und Lebensgewohnheiten von Kollektiven und einzelnen Werktätigen eingreifen. Die ökonomischen Prozesse mit ihnen gut vorzubereiten und sich dabei auch ihrer persönlichen Anliegen anzunehmen ist unerläßlich. Jede Rationalisierung wirft menschliche Fragen auf. Der Kapitalismus löst sie bekanntlich im Interesse seines Profits durch den Wechsel vom Arbeitsplatz zur Arbeitslosigkeit. Wir lösen sie durch den Wechsel von einem Arbeitsplatz zum anderen und bewältigen die dabei auftretenden Probleme gemeinsam mit den Menschen auf sozialistische Weise.“²

Hierbei handelt es sich nicht nur um große strategische Probleme, denn Freude an der Arbeit, Leistungsvermögen und Disziplin hängen oft gerade von kleinen Dingen des täglichen Lebens ab, beispielsweise davon, ob der Berufsverkehr pünktlich funktioniert oder ob gute Einkaufsmöglichkeiten bestehen.

In den Rechenschaftslegungen der Betriebsleiter vor den Arbeitskollektiven über die Erfüllung der Aufgaben (§ 19 Abs. 2 AGB) hat sich deshalb die Abrechnung der ökonomischen Kennziffern in Verbindung mit der Auswertung der Eingaben positiv auf die schöpferische Initiative ausgewirkt und den untrennbaren Zusammenhang der Ergebnisse der Wirtschaftspolitik mit dem Wohlergehen der Menschen sichtbar gemacht.

Stärkung des Vertrauensverhältnisses zwischen Bürgern und Staat

§ 2 Abs. 2 des Eingabengesetzes orientiert die Leiter und Mitarbeiter der staats- und wirtschaftsleitenden Organe ausdrücklich darauf, den Bürgern bei der Überwindung persönlicher Schwierigkeiten zu helfen. Das entspricht dem humanistischen Charakter des sozialistischen Staates. Die Menschen müssen spüren, daß ihre Gedanken, Sorgen und Absichten Beachtung finden, daß stets alle gesetzlichen und ökonomischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um konstruktive Entscheidungen herbeizuführen. Je konsequenter lösbare Probleme aufgegriffen, Ideen und Vorschläge zur Erleichterung des Lebens der Bürger durchgesetzt und Ärgernisse beseitigt werden, um so stärker wächst die Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung. So entwickelt sich bei den Menschen das Gefühl der Geborgenheit in der sozialistischen Gesellschaft als Grundlage für jenes enge Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürgern, das die entscheidende Kraft unserer Erfolge ist.

Es hat sich herausgestellt — und die während der Wahlvorbereitung gewonnenen Erfahrungen beweisen das erneut —, daß die beste Methode zur Klärung einer Eingabe das persönliche Gespräch ist. Viele örtliche Staatsorgane haben inzwischen beschlossen, möglichst alle Anliegen auf diese Weise zu bearbeiten, weil die direkte Aussprache mit dem Bürger Möglichkeiten zur besonders gründlichen Erörterung des Sachverhalts bietet. In gemeinsamer Beratung sind persönliche und gesellschaftliche Interessen besser in Übereinstimmung zu bringen, kann der Zusammenhang der individuellen Probleme mit den Grundfragen der Politik überzeugender erläutert werden, und es lassen sich damit Entscheidungen vorbereiten, die der Bürger in der Regel akzeptiert und an deren Durchführung er aktiv mitwirkt. Die Sachlichkeit der Klärung eines Problems wird noch gefördert, wenn in geeigneten Fällen das Wohn- oder Arbeitskollektiv des Bürgers in die Gespräche einbezogen wird.

Soweit Eingaben Probleme der unmittelbaren Umwelt der Menschen berühren, beispielsweise ihre Wohn- oder Arbeitsbedingungen, ist an Ort und Stelle zu prüfen, um zu einem überzeugenden Ergebnis zu kommen. Entscheidungen am „grünen Tisch“ sind in diesen Fällen nicht am Platze, weil sie die tatsächlichen Umstände oft nur ungenügend berücksichtigen. Auch wenn aus objektiven Gründen den Wünschen der Bürger nicht oder nicht in vollem Umfang entsprochen werden kann, hat sich diese Arbeitsweise bewährt. Es erweist sich immer wieder, daß die offene in sachlicher, korrekter Form geführte Aussprache von den Bürgern richtig verstanden wird. Vertrauensverlust tritt nur dann ein, wenn um die Sache herumgeredet, mit Vertröstungen oder gar mit Verweisen auf „übergeordnete Entscheidungen“ einer klaren Stellungnahme ausgewichen wird.

Entfaltung der sozialistischen Demokratie

Die Bürger unseres Landes nehmen in vielfältigen Formen an der Leitung des Staates und der Wirtschaft teil, so eben auch über Vorschläge, Hinweise, Anliegen und Beschwerden i. S. des Art. 103 Abs. 1 der Verfassung. Das ist eines der bestimmenden Merkmale des Lebens im Sozialismus. Die Eingaben sind somit fester Bestandteil der sozialistischen Demokratie. Das Interesse der Werktätigen an ihrer aktiven Mitarbeit wird besonders gefördert, wenn sie ihre Gedanken und Meinungen in den Beschlüssen der Staatsorgane, in Entscheidungen der Kombinate und Betriebe wiederfinden.

Wenn die Eingabenprobleme einerseits mit Ausgangspunkt für die volkswirtschaftliche Planung sind und andererseits der Plan und weitere Grundsatzbeschlüsse der Volksvertretungen und ihrer Organe auf die Lösung dieser Probleme abzielen, wird die sozialistische Demokratie konkret und für den Bürger erlebbar. Dann ist er auch bereit, einen ganz persönlichen Beitrag zur Realisierung der Probleme zu leisten.

Viele örtliche Räte haben es sich deshalb zum Grundsatz gemacht, bei der Vorbereitung von Entscheidungen, mit denen Grundinteressen der Bürger berührt werden, dazu vorliegende Eingaben gründlich auszuwerten und daran anknüpfend die vorgesehene Lösung ggf. mit dem betreffenden Personenkreis zu beraten. Die so mögliche bessere Übersicht über die Auswirkungen der geplanten Maßnahme führt zu qualifizierten Beschlüssen, die in der Regel von vornherein bei ihrer Durchführung der Unterstützung durch die Bürger sicher sind. Verbunden mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit, in der kompetente Leiter die Bevölkerung bewegende Fragen beantworten, kann die Aktivität der Menschen vor allem auf die Erfüllung der planmäßigen Aufgaben gelenkt werden.

In den Veranstaltungen und Aussprachen zur Vorbereitung der Kommunalwahlen zeigte sich wiederum, daß die Bürger ihre Vorschläge und Hinweise vielfach mit der Erklärung ihrer Bereitschaft zur tatkräftigen Mithilfe bei notwendigen Veränderungen verbanden. Die ausgezeichneten Ergebnisse in der Bürgerinitiative „Schöner unsere Städte und Gemeinden — Mach mit!“, die direkt der Verbesserung der unmittelbaren Lebensbedingungen dienen, beruhen vor allem auf diesem Engagement der Werktätigen.

In der Wahlbewegung trugen die Werktätigen viele Anliegen an die von ihnen gewählten oder zu wählenden Volksvertreter heran. Sie nutzten Rechenschaftslegungen der Abgeordneten, Kandidatenvorstellungen und andere Gelegenheiten zur Übergabe zahlreicher Vorschläge und Hinweise. Es ist die Aufgabe der örtlichen Räte, zu sichern, daß diese sorgfältig geprüft und geklärt werden. Dazu gehört, daß die verantwortlichen Fachorgane jeden Einzelfall gründlich bearbeiten und schnell notwendige Entscheidungen herbeiführen. Die Abgeordneten haben in vielen Fällen den Wählern die Antwort persönlich übermittelt. Wird der Bescheid dem Bürger durch das staatliche Organ gegeben, ist der Abgeordnete darüber zu informieren.

² Vgl. „Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen“, ND vom 19./20. Februar 1983, S. 2.